

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 50.

Charlottenburg, Freitag, den 10. Dezember 1920.

Jahrg. 47.

Alte und neue Zeit.

Zu wiederholten Malen ist uns der Einwand begegnet, daß es manchem alten Gewerkschaftler schwer falle, die neue Zeit zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden. Vielleicht ist es angebracht, ohne jede Leidenschaft einmal diesen Einwand auf seine Berechtigung hin zu prüfen. Nach allen logischen Begriffen wäre solche Behauptung nur dann zutreffend, wenn der Aufgabenkreis der Gewerkschaften seit den Novembertagen des Jahres 1918 ein grundlegend und vollkommen anderer geworden wäre als vordem und die in der früheren Tätigkeit, in den früheren Auffassungen über die Aufgaben der Gewerkschaften befangenen Funktionäre jede Fähigkeit eingebüßt hätten, das Neue zu erkennen und ihm zu dienen. Gewiß hat sich manches bedeutend geändert, so ganz spurlos ist die Revolution auch nicht an den Gewerkschaften vorübergegangen. Jedoch scheint es uns, daß ein Teil der Arbeiterschaft geneigt ist, den Gewerkschaften Aufgaben zu überweisen, die sie niemals erfüllen können, die vollkommen abseits liegen vom Wege, den die Gewerkschaften zu gehen haben, wenn sie ihr Ziel erreichen wollen.

Wie lagen die Verhältnisse in der Vorkriegszeit? Die Hauptaufgabe war die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ja, es ist schließlich richtiger und zutreffender, wenn gesagt wird, den größten Teil aller verfügbaren Kräfte nahm die Werbearbeit für den Verband in Anspruch. Der Erfolg entsprach bis zum Kriegsausbruch leider nicht der aufgewandten Mühe, Arbeit und Geldkosten. Wer seit langen Jahren, vielleicht schon seit Bestehen unseres heutigen Verbandes (seit dem Januar 1892) an dessen Aufbau mitgearbeitet und trotz aller Enttäuschungen Mißerfolge und Rückschläge den Glauben an die sieghafte Zukunft der Gewerkschaften nicht verloren hat, von dem darf man auch erwarten, daß er sich ehrlich bemüht, zu prüfen, ob ein schnelleres Tempo im Vormarsch in den heutigen Tagen eingeschlagen werden, ob es zunächst möglich sein kann, in dem Geschwindigkeitsschritt zu marschieren, der von den Stürmern und Drängern verlangt wird, ohne riskieren zu müssen, daß ein Teil der Mitglieder diesem Tempo nicht gewachsen ist.

Wie notwendig die Aufklärungs- und Werbearbeit zu jener Zeit war, zeigt uns ein nur flüchtiger Blick auf die Entwicklung, die unser Beruf und unser Verband genommen hat. Nach der Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895 waren beschäftigt in der Steingutindustrie 8775 Männer und 2567 Frauen. Im Jahre 1907 waren beschäftigt: 14315 Männer und 5199 Frauen. Das heißt also, daß die Männer um 5540 oder 63,1 Proz., die Frauen um 2632 oder 102,5 Proz. zugenommen hatten.

In der Porzellanindustrie waren beschäftigt im Jahre 1895: 25719 Männer und 10195 Frauen, im Jahre 1907: 32415 Männer und 19370 Frauen. Die Männer hatten um 6696 oder 26,0 Proz., die Frauen um 9175 oder 89,9 Proz. zugenommen. Rechnet man Steingut- und Porzellanindustrie zusammen, betrug die Zunahme der Männer in der Zeit von 1895 bis 1907: 12236 oder 35,4 Proz., die der Frauen: 11807 oder 92,5 Proz. Insgesamt waren beschäftigt in beiden Gruppen zusammen im Jahre 1895: 47256 Personen, im Jahre 1907: 71299 Personen.

Sehen wir uns die Zahl der Organisierten an, die im gleichen Zeitraum vorhanden waren. Unser Verband zählte am Schlusse des Jahres 1895: 7018 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1907: 14878, darunter 2125 Frauen. Von den 24043 neu hinzugeströmten Arbeitern waren in diesen 12 Jahren nur rund 7000 für den Organisationsgedanken zu gewinnen gewesen. Was will es besagen, wenn von 71000 Beschäftigten nur rund 20 Proz. organisiert waren, während rund 80 Proz. Unorganisierte vorhanden

waren? Die wenigen Außenseiter, die in anderen Verbänden organisiert waren, zum größten Teil noch in gegnerischen, spielen hierbei keine Rolle. Bei dieser Sachlage war es ein von der zwingendsten Not diktiert selbstverständliches Gebot, alle Kräfte mobil zu machen, um den indifferent beiseite stehenden Teil der Kollegenschaft für die Mitarbeit in der Organisation zu gewinnen, weil sonst eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu erreichen und bereits Erreichtes nicht dauernd festzuhalten war. Unter diesen Verhältnissen war es auch nicht verwunderlich, wenn das Unternehmertum glaubte, die wenigen Organisierten noch abschütteln zu können, um völlig ungestört seine Geschäfte zu besorgen. Jede, auch nur die geringste Lohnforderung in einem Betriebe war oftmals für den Unternehmer Anlaß, das Verlangen zu stellen, aus dem Verbands auszutreten oder die Fabrik zu meiden.

Seit dem Jahre 1907 hat ein amtliche Berufs- und Gewerbezahlung nicht wieder stattgefunden. Es läßt sich deswegen auch nicht feststellen, wie groß die Zahl der Beschäftigten in unserer Industrie bei Kriegsausbruch gewesen sein mag. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug rund 17000.

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß nicht mehr als 20 bis 22 Proz. aller in unserer Industrie beschäftigten Personen bei Kriegsausbruch in unserem Verband organisiert war.

Was für unseren Verband in dieser Beziehung im besonderen, das trifft auch — mit wenigen Ausnahmen — für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu. Der moralische Einfluß, den die Gewerkschaften auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben vermochten, war dementsprechend auch eng begrenzter, als das heute der Fall, wo über 8 Millionen organisierter Arbeiter vorhanden sind.

Während in allen anderen Berufen und Organisationen dem Gedanken der Tarifvertragspolitik schon in der Vorkriegszeit mehr oder minder Eingang verschafft worden war, konnte bei uns davon keine Rede sein. Eine Industrie, in der fast nur der Großbetrieb dominiert mit einer prozentual gering organisierten Arbeiterschaft, konnte ein anderes Bild kaum aufweisen, als das bei uns der Fall. Dem Umstande, daß die zahlenmäßig gering erscheinenden Organisierten in der Regel die qualifiziertesten und für die Betriebe sehr wichtigen und oftmals nicht entbehrlichen Arbeitskräfte waren, ist es in der Hauptsache zu danken, daß die Erfolge immer noch erzielt werden konnten, die aufzuweisen waren. Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Verhältnissen nichts weniger gebraucht werden konnte, als blindes Draufgängertum in der Führung unserer Bewegungen. Geschichte, ja oftmals geradezu raffinierte Hervorhebung und Ausnützung aller günstigen Momente mußte in unseren Bewegungen oftmals das Manko an organisatorischer Kraft ersetzen und verdecken. Eine ununterbrochene Kette von Kämpfen und Plänkelleien ist es, die unser Verbandsleben in der Vorkriegszeit ausmachte. Es war reichlich dafür gesorgt, daß kein Mitglied, kein Funktionär unseres Verbandes auf den Gedanken der sogenannten „Harmonieduselei“ kommen konnte, wenn wirklich schon einmal der eine oder der andere Reizung gehabt hätte, solchen absurden Gedanken zu erwägen.

Nun wird allerdings hin und wieder der Vorwurf erhoben, die Gewerkschaften, auch unser Verband, haben während der Kriegszeit ihre Grundsätze begraben, Frieden mit ihren Gegnern geschlossen und damit die Interessen der Arbeiter geschädigt. Daß solche Behauptungen vollkommen unbegründet sind, sollte heute nachgerade genügend bekannt sein. Die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und bei Kriegsende der Beitritt zur Arbeitsgemein-

schaft sind die hervorstechendsten Argumente für Behauptungen dieser Art. Die Befürchtung, daß bei Verlehrung mit dem Gegner sofort alle Grundsätze, jede Ueberzeugung verloren geht, kann doch nur jemand hegen, bei dem diese Grundsätze nicht sehr fest verwurzelt sein können.

Es ist im Interesse der Gesamtbewegung lebhaft zu wünschen, daß die Arbeiter sich einmal mehr an selbständiges Denken gewöhnen in dieser Beziehung und nicht alle Agitationsflöten aus der politischen Presse unbesehen als bare Münze hinnehmen und damit haufieren gehen.

Was sollen die Gewerkschaften in unserer Zeit für Aufgaben zu erfüllen haben? Aus welchen Gründen sollen diese neuzeitlichen Aufgaben nicht in die Vorstellungswelt der Gewerkschaftler aus der Vorkriegszeit eingehen? Welches Interesse haben denn die Gewerkschaftsführer, insbesondere die Erreichung dieser neuzeitlichen Aufgaben zu verhindern? Das sind Fragen, die sich jeder Kritiker einmal vorlegen sollte, ehe er Behauptungen dieser Art öffentlich aufstellt. Vielleicht würde mancher bald herausfinden, daß auch nicht ein vernünftiger Grund dafür anzuführen ist, daß ein Gewerkschaftsführer sich etwa gegen die Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaft sträuben könnte. Im Gegenteil, die ganze Tätigkeit eines Gewerkschaftlers ist darauf eingestellt, diesem Ziele näherzukommen.

Seit dem Umschwung in den politischen Verhältnissen in den Novembertagen 1918 ist ein Teil der Arbeiter, auch unserer Kollegen, der Auffassung geworden, daß die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsform, die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in unmittelbare Nähe gerückt ist. Das soll nicht nur für Deutschland, sondern für alle Kulturländer zutreffend sein. Die Weltrevolution stehe vor der Tür. Wenn das zutreffend ist, würde es sich um ein Weltereignis von so elementarer Wucht handeln, daß wirklich alle Gewerkschaftsangehörigen zusammen nicht in der Lage wären, dem Einhalt zu gebieten. Die Besorgnis, die Arbeiterchaft könnte am Tage der Weltrevolution das Tor des sozialistischen Eden verschlossen und keinen Eingang finden, weil die Gewerkschaftsböden den Schlüssel mitgenommen aus purer Dummheit und Niederträchtigkeit, ist also wirklich nicht begründet. Die Stürmer der kapitalistischen Festung würden auch ohne den Schlüssel sich Eingang zu verschaffen wissen, wenn — es wirklich schon so läge, als angenommen wird, außerdem — warum sollten die Gewerkschaftsböden Ursache haben, sich am Einzuge in dieses Eden nicht zu beteiligen?

Die Verhältnisse liegen aber so, daß jeder ernsthafte Gewerkschaftler weiß, daß die rauhe Wirklichkeit in unserem Wirtschaftsleben bedeutend weniger romantisch aussieht. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wird und muß — dessen sind wir alle überzeugt — einmal abwirtschaften und einer vernunftgemäßen, Wirtschaftsform Platz machen. Jedoch muß die Entwicklung derselben dementsprechend weit vorgeschritten sein. Und nicht zum letzten kommt es darauf an, wie man sich den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft denkt. Die Auffassungen, die dem ersten Versuch zur Sozialisierung unserer Wirtschaft, der Sozialisierung des Kohlenbergbaues, begegnen, beweisen, daß noch viel Unklarheit auf diesem Gebiete besteht.

Sobiel steht aber fest, die Sozialisierungsfrage wird und kann von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden. Die Mitbeteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung durch die Betriebsräte, die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte sind ernsthafte Vorarbeiten auf diesem Gebiete.

Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach wie vor mit allem Nachdruck zu betreiben ist und auch, trotz aller entgegenstehenden ungeheuren Schwierigkeiten, betrieben wird.

Kämpfe, mehr als uns allen erlaubt schien, haben wir in der Vorkriegszeit führen müssen. Kämpfe müssen wir heute führen, müssen wir so lange führen, als es eine Wirtschaftsweise gibt, die den einen Teil zu Herren, den anderen zu Knechten macht. Je ernsthafter wir unser Ziel verfolgen wollen, das Ende der heutigen Wirtschaftsweise herbeizuführen, je mehr Kämpfe werden wir uns betreiben müssen, alle Kräfte zu einem einheitlichen Willen zu vereinen. Einmalige Kämpfe sollen und müssen mitarbeiten, soll aber auch eben an der Arbeit ermöglichen und erleichtern, aber nicht befehlen.

Der Kampf, den wir zu führen haben, soll und darf sich nicht richten gegeneinander, sondern gegen den gemeinsamen Feind, gegen Ausbeutung, wirtschaftliche Unfreiheit, gegen Not und Elend. Das war vor der Revolution unser Ziel, unsere Aufgabe, ist es nachdem in noch höherem Maße. Darüber sollten Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen nicht bestehen.

Die Verpreuung des Arbeitsnachweiswesens.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt in seiner Nummer 48:

Die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens steht unmittelbar vor der Tür. Im Reichsarbeitsministerium ist bereits ein Entwurf in Ausarbeitung begriffen, der diese Materie einheitlich für das ganze Reich regeln soll. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsvertreter, soweit sie bisher zur Beratung dieses Entwurfs hinzugezogen wurden, für einen streng paritätischen Aufbau des Arbeitsnachweises wie auch der Landesämter und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung eingetreten sind. Sie fanden hierin die weitgehendste Unterstützung der Vertreter der Arbeitgeber, die gleichfalls mit erfreulicher Entschiedenheit den Standpunkt vertraten, daß der Arbeitsnachweis unter der Selbstverwaltung der an der Arbeitsvermittlung interessierten Erwerbskreise stehen müsse, unter Ausschluß bureaukratischer Einflüsse. Eine solche Regelung entspricht indes nicht den Erwartungen derjenigen Kreise, die seither im Verband deutscher Arbeitsnachweise die Arbeitsvermittlung beherrschten und sie dort unter Ausschaltung der Parität allen möglichen gemeindlichen korporativen oder privaten gemeinnützigen, vielleicht sogar politischen Nebenabsichten dienstbar machten. Diese Kreise sind bestrebt, auch in der reichsgesetzlich geregelten Arbeitsvermittlung die führende Rolle zu spielen, in der Annahme, daß der Arbeitsnachweis ohne sie nicht bestehen könne. Daß diese Annahme durch die Minderständigkeit und Bedeutungslosigkeit der meisten seither bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise widerlegt ist, bedarf keiner Erörterung.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise muß also fürchten, daß für ihn und seine Hintermänner in der gesetzlichen Ordnung der Dinge kein Platz mehr vorhanden ist und sucht diese Ausschaltung mit allen Mitteln zu verhindern. Er hat dabei Mithilfe gefunden bei dem preußischen Handelsministerium sowie dem Ministerium des Innern und dem Landwirtschaftsministerium, die in einer Verordnung vom 12. September 1919 die Oberpräsidenten angewiesen haben, die von seiten des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise errichteten Geschäftsstellen, die mit den Zentralauskunftsstellen organisch verbunden sind, in die neue Organisation zu übernehmen. Es heißt in dieser Verordnung:

Die reichsgesetzliche Regelung wird aller Wahrscheinlichkeit nach diesen organisatorischen Aufbau beibehalten, aber an dessen Spitze noch ein besonderes Reichsamt für Arbeitsvermittlung setzen (das bereits geschaffen worden ist). Nach der Errichtung der Provinzialämter für Arbeitsnachweis werden die Aufgaben der Zentralauskunftsstellen auf diese übergehen. Neben den Provinzialämtern werden die preußischen Arbeitsnachweisverbände kaum noch Platz für eine ersprießliche Tätigkeit finden. Sollten die einzelnen Verbände ihre Auflösung beschließen, so liegt es im Interesse einer glatten Einführung der neuen Organisation, der Wahrung des Zusammenhanges mit der bisherigen Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens und der Vermeidung von Störungen auf dem Arbeitsmarkt, daß die Geschäftsstellen der Verbände, soweit dies möglich und zweckmäßig erscheint, in die Provinzialämter für Arbeitsnachweis übernommen werden. Die Herren Oberpräsidenten ersuchen wir ergebenst, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Verordnung zu treffen.

Wir finden es höchst befremdlich, daß die preußischen Ministerien sich beeilt haben, noch vor der reichsgesetzlichen Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den veralteten Zentralauskunftsstellen zu retten, was möglich ist. Der Zweck der Neuorganisation ist gerade ein Aufbau auf anderen Grundlagen, als sie bisher vorhanden waren. Mit der Selbstverwaltung des Arbeitsnachweises durch die Interessenten verträgt sich die seitherige bureaukratische oder Wohlfahrtsorganisation in keiner Weise. Die neuen Träger des Arbeitsnachweises werden selbst die geeigneten Männer finden, die ihres Vertrauens würdig sind.

Die preußische Verordnung ist nichts anderes als ein Versuch, die reichsgesetzlich zu regelnde Organisation des Arbeitsnachweises dauernd zu verpreuhen, und zwar im Interesse einer kleinen Clique von Bureaukraten, die sich anmaßen, das gewerbliche Leben zu normieren. Ein solcher Zustand ist unerträglich und entspricht nicht den Interessen der Arbeiterschaft.

Wir hoffen, daß die Gewerkschaften allerorts sich gegen die Durchführung solcher Bestrebungen zur Wehr setzen und ihre Mitwirkung in den vom preußischen Handelsministerium errichteten Provinzial- bzw. Landesämtern für Arbeitsvermittlung ablehnen, sofern diese mit den Geschäftsstellen der Arbeitsnachweisverbände in irgendwelchem Zusammenhang stehen und nicht die volle Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Ausschluß jedes dritten Elements gewährleistet ist.

Soziale Abgabe und Ausfuhrschwierigkeit.

Unter dieser Ueberschrift schreibt das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ in seiner Nr. 47 folgendes:

Gegen die soziale Abgabe, wie sie in der Verordnung vom 20. Dezember 1919 vorgesehen ist, und die seit dem 10. Mai d. J. erhoben wird, wird immer noch Sturm gelaufen, und zwar hauptsächlich mit der Begründung, daß die ohnedies vorhandenen Exportschwierigkeiten damit noch vergrößert werden, ja, manchmal wird bei den Beratungen im Ausfuhrabgabenausschuß des Reichswirtschaftsrats sogar behauptet, daß die Exportschwierigkeiten überhaupt durch diese soziale Abgabe verursacht werden.

Alle Erscheinungen der gegenwärtigen Krise, besonders die große Arbeitslosigkeit, werden auf das Konto der sozialen Abgabe gesetzt, und mit dieser Behauptung gelingt es vielfach, die in Frage kommenden Arbeitnehmer, Betriebsräte, Arbeitslose und des öfteren auch Gewerkschaftsfunktionäre zu veranlassen, zu den Verhandlungen der Ausfuhrabgabenkommission des Reichswirtschaftsrats mit zu erscheinen, um gegen die Erhebung der sozialen Abgabe zu protestieren.

Da in letzter Zeit die Frage der sozialen Abgabe für die verschiedensten Produkte der Metallindustrie behandelt worden ist, sei an der Hand dieser Verhandlungen einmal festgestellt, wie so gar nichts die soziale Abgabe mit den Ausfuhrschwierigkeiten zu tun hat.

Es erschienen Vertreter der Kleinisenindustrie, der Schreibmaschinenindustrie, der Fahrradindustrie, der Automobilindustrie, der Werkzeugmaschinenindustrie und der gesamten übrigen Maschinenindustrie und forderten, daß die ohnedies sehr mäßige Abgabe für die Produkte dieser Industrie meistens (1, 2, 3 v. H.) fallen gelassen und in dem Tarif 0 v. H. eingefügt werde. Durchweg ist zur Begründung dieser Forderung ungefähr folgendes ausgeführt worden: Die Rohmaterialien haben eine Preishöhe erreicht, die es bei genauester Kalkulation auch ohne soziale Abgabe dem deutschen Fabrikanten kaum möglich macht, mit der ausländischen Industrie zu konkurrieren. Manchmal liegt trotz genauester Kalkulation der Preis für die deutsche Ware noch über dem Weltmarktpreis. Das Ausland bietet auf dem Weltmarkt die verschiedensten Produkte zum deutschen Preis minus soziale Abgabe an. Es sei deshalb unentbehrlich, daß die soziale Abgabe falle, um die deutsche Industrie wieder konkurrenzfähig zu machen, und damit die Arbeitslosigkeit zum größten Teil zu beheben.

Die Untersuchung und Prüfung der einzelnen Behauptungen hat noch jedesmal ergeben, daß es eine vollständige Verleumdung, wenn nicht noch etwas anderes ist, solche Behauptungen aufzustellen. Bei richtiger Kalkulation ist die deutsche Industrie trotz der sozialen Abgabe durchaus noch konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande, ja sogar überlegen, wenn auch der hohe Eisenpreis in Deutschland der weiterverarbeitenden Industrie die denkbar größten Schwierigkeiten macht, und zwar nicht auf dem Auslandsmarkt, sondern auch im Inlande.

Die gesamte weiterverarbeitende Industrie klagt über die hohen Rohstoffpreise, besonders die Maschinenindustrie, Kleinisenindustrie. Bei Behandlung dieser Gruppen wurden von Arbeitgeberseite unter anderem folgende Angaben gemacht: Eine Maschine, die in der Vorkriegszeit 60 000 M. kostete, kostet jetzt etwa 750 000 M. Während in dem Preis der Vorkriegszeit 0—40 v. H. Arbeiterlöhne enthalten waren, sind in dem gegenwärtigen Preise nur 10—12 v. H. Arbeiterlöhne enthalten. Daß unter diesen Umständen die Arbeiterlöhne ein Hindernis sein können, ist ganz ausgeschlossen, und damit wird die des öfteren wiederkehrende Behauptung, daß die Arbeiterlöhne zunächst herabgesetzt werden müßten, durch die Zahlen der Arbeitgeber glatt gelebt.

Aber sehen wir uns die Zahlen noch etwas näher an. Bei 100 000 M. pro Maschine aus der Vorkriegszeit waren 18 000 bis 20 000 M. Löhne; das würde, wenn das Verhältnis das gleiche bliebe, beim gegenwärtigen Preis von 750 000 M. etwa 135 000 M. entsprechen. In Wirklichkeit beträgt der Arbeitslohn bei der Gesamtsumme von 750 000 M. nur 75 000 bis 80 000 M., also ein Weniger von 135 000 bis 145 000 M. gegenüber dem Verhältnis aus der Vorkriegszeit.

Vergleicht man weiter, daß die Löhne der hier in Frage kommenden Arbeiter in Deutschland nur rund 50 v. H. der Löhne der gleichen Arbeiter in England und Frankreich betragen, dann kennt man ohne weiteres, wie richtig es ist, zu behaupten, daß die Löhne der deutschen Arbeiter dem Export deutscher Produkte gänzlich ein Hindernis bereiten können. Ebenso lächerlich, wie die Behauptung von den hohen Löhnen, ist die Behauptung von

den Schwierigkeiten, die der Ausfuhr durch die sogenannte soziale Abgabe bereitet werden.

Nach den oben angegebenen Zahlen hat die deutsche Industrie noch Bewegungsfreiheit innerhalb einer Summe von mehreren hunderttausend Mark. Die soziale Abgabe für diese Produkte beträgt 2 bis 3 v. H., also 15 000 bis 22 500 M., eine Summe, die, wie ganz klar durch die obigen Zahlen festgestellt ist, durchaus keine Beeinträchtigung des Exports deutscher Produkte darstellt, und wenn trotzdem die weiterverarbeitende Industrie Schwierigkeiten hat, so kann dies nur durch andere Umstände verursacht werden.

Sieht man sich die Kalkulationen, die bei den einzelnen Gruppen zur Beurteilung der Tragfähigkeit der sozialen Abgabe eingereicht werden, etwas genauer an, dann findet man, daß weder Löhne noch soziale Abgabe Schwierigkeiten bereiten, sondern die Preise für das Rohmaterial, besonders für das Eisen. Die Preise hierfür sind allerdings in einer Weise gestiegen, daß sie den weitaus größten Teil der Preissteigerung des gesamten Produktes verursacht haben, ohne daß für eine derartige Steigerung eine sachliche Berechtigung gegeben wäre. Hier eingreifen und die Preise für Eisen und sonstiges Rohmaterial auf ein vernünftiges Maß zurückschrauben, das ist dringend erforderlich und wird die Ausfuhrschwierigkeiten, unter denen zweifellos die weiterverarbeitende Industrie leidet, beheben.

Es ist merkwürdig, wie wenig die weiterverarbeitende Industrie es wagt, gegen die Diktatur der eisenzeugenden Industrie Front zu machen. Sucht man nach den Gründen, so kommt man zu ähnlichen Erscheinungen, wie bei der Kohle. Zwar leidet die weiterverarbeitende Industrie stark unter ungleichmäßiger Lieferung, aber den Weg, der dazu führt, daß wenigstens die zur Verfügung stehende Kohle korrekt verteilt wird, wagt das Unternehmertum nicht zu beschreiten, weil es vor den sich daraus ergebenden Folgen für andere Industriezweige zurückschreckt. Ebenso ist es mit dem Eisen. Auch hier empfindet die weiterverarbeitende Industrie durchaus, wie sehr sie unter der Willkür der eisenproduzierenden Preise leidet, wagt aber nicht, den Weg zu beschreiten, der unbedingt zu einer Besserung führt, nämlich das Eisen aus der Hand von Privatpersonen in die öffentliche Hand zu überführen, um so die Industrie mit Eisen zu versorgen, das zu einem Preis abgegeben wird, der jedwede Ausfuhrschwierigkeit ausschließt.

Das, was hier aus der Metallindustrie als Beispiel angeführt wird, gilt für alle anderen Industriegruppen auch. Als durchaus festgestellt darf erklärt werden: weder die Löhne der Arbeiter und Angestellten noch die soziale Abgabe sind ein Hindernis für den Export. Es liegt deshalb auch keinerlei sachliche Berechtigung für Lohnabbau noch für Beseitigung oder auch nur Verminderung der sozialen Abgabe vor.

Bezüglich der sozialen Abgabe sind die Arbeitnehmervertreter in dem hierfür in Betracht kommenden Ausschuss bis jetzt viel zu nachgiebig gewesen, das muß nunmehr unter allen Umständen aufhören, da eine sachliche Berechtigung für ein weiteres Nachgeben nicht vorliegt, ja, es darf durchaus mit Recht gesagt werden, daß nicht einmal für die bisherige Nachgiebigkeit der Arbeitnehmervertreter ein ausreichender Grund vorlag.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Rückgang der Arbeitslosigkeit. — Die Beschäftigung in der Industrie. — Die Besserung der Mark. — Die Rückwirkung der besseren Saluta auf die Industrie.

Die Arbeitslosenziffer ergibt nach den Mitteilungen des „Reichsarbeitsblattes“ auch für die erste Hälfte des Oktober eine geringe Senkung gegenüber dem September. Die Höchstzahl der Unterstützungsempfänger wurde bisher in diesem Jahre im Januar mit 454 775 erreicht, während für Mitte Oktober die Zahl der Unterstützungsempfänger auf 374 982 fiel. Die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die Großstädte ist sehr verschieden. Auf 1000 Einwohner kamen in Hauen i. U. 111,7 Arbeitslose, in Fürth 62,6, Sonneberg 34,3, Meissen 26,1, Leipzig 25,8, Hamburg 22,8, Berlin 22,5, Pirmasens 21; der Anteil der übrigen Städte bewegt sich unter dieser Ziffer und erscheint mit 0,1 in Dortmund am geringsten. Sachsen ist am ungünstigsten von allen Staaten gestellt, denn die Arbeitslosenziffer erreicht hier mit 42,54 auf 1000 Einwohner eine Höhe, die die Durchschnittsziffer des Reiches, 12,13, weit überschreitet. Einen sicheren Anhalt für den Umfang der Arbeitslosigkeit enthalten die Ermittlungen nicht, da sie weder die in die Unterstützung nicht Eingezogenen noch die teilweise Beschäftigten erfassen, aber sie gewähren einen Vergleich, ob allgemein ein Rückgang oder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist.

Die Berichte über die Wirtschaftslage der Industrie lauten für den November noch sehr ungünstig. Eine Besserung weist die Textilindustrie auf; viele Betriebe sind bis Ende des Jahres, auch bis zum Frühjahr, mit Aufträgen versehen. Einen sehr beachtlichen Auftrag hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an die sächsisch-thüringischen Webereien vergeben, indem sie für 18 Millionen Mark Waren zum Herstellungspreis vom Lager abnehmen mit der Vereinbarung, daß die Fabrikanten zur Vinderung der Arbeitslosigkeit sofort die vom Lager abgegebene Ware durch neue ersetzen sollen. Ein ähnlicher Auftrag ist an die Gera-Gröizer Textilfabrikanten ergangen; hier wurde die Abnahme von 8,3 Millionen Mark Stoffen vereinbart. Die Abschlüsse sind deshalb so bedeutend, weil sie zeigen, welche Bedeutung die Konsumgenossenschaft als Verbraucher erlangt; sie kann zu einem erheblichen Teil den Zwischenhandelsge Gewinn ausschalten und die Preisbemessung auf gesunder Grundlage zurückführen. Leider ist in der Arbeiterschaft das Verständnis für die Bedeutung der Genossenschaft noch viel zu wenig verbreitet, denn hier könnte am ehesten die Sozialisierung praktisch gefördert werden, und ein maßgebender Einfluß auf das Wirtschaftsleben durch das Zusammenwirken aller an der Organisation des Absatzes Interessierten würde sich Geltung verschaffen. Niemand hindert die Arbeiterschaft, die Beamten, die Angestellten daran, der Konsumgenossenschaft zu größerem Einfluß zu verhelfen, die Sozialisierung ist ganz ihren Händen anvertraut.

Immerhin ist trotz der besseren Lage der Textilindustrie nur vereinzelt die volle Ausnützung des Betriebes möglich gewesen; es bleiben immer noch Betriebe mit halber Beschäftigung stark im Mischstand. Die Kleiderkonfektion zeigt eine Besserung der Konjunktur, wenn auch nicht allgemein befriedigend. In der Schuhwarenfabrikation muß immer noch mit verkürzter Arbeitszeit gerechnet werden, denn die Lederpreise führen wieder zu einer Erhöhung der Preise für Schuhwaren und damit zu einer Störung des Absatzes im Inland.

Die Glas- und Porzellanindustrie bietet kein einheitliches Bild. Zum Teil sind die Betriebe gut beschäftigt, andere klagen über ungenügende Aufträge. Das Baugewerbe hat sich in einigen Bezirken gehoben, aber im übrigen liegt die Bauausführung aus den bekannten Gründen sehr im argen. Infolgedessen konnten wieder größere Mengen Kalk und Zement zur Ausfuhr freigegeben werden. In der Maschinenbauindustrie sind vom Ausland die Aufträge wieder besser eingegangen, aber der Inlandsmarkt bleibt trotz Preisherabsetzung wenig aufnahmefähig. Die Fahrradfabrikation kann mit den noch viel zu hohen Preisen nicht das Absatzgebiet finden, das der Bedarf der Minderbemittelten schaffen könnte. Die Möbelindustrie zeigt einige Ansätze zur Besserung, die aber gehemmt wird durch steigende Holzpreise.

Die Gußeisenindustrie wurde durch mangelhafte Rohlenbelieferung zu weiteren Betriebseinschränkungen gezwungen; einige Hüttenwerke griffen in der sehr bedrängten Lage zu der teuren amerikanischen Kohle, um sich vor weiteren Betriebseinschränkungen zu retten. Man rechnet bereits mit der Einfuhr von Roheisen, um den Bedarf im Inland zu decken.

Für die Aluminiumfabrikation wird künftig das Innere eine sehr günstige Basis bieten. Es wird der größere Teil der am mittleren Inn zur Verfügung stehenden Wasserkraft der Aluminiumerzeugung nutzbar gemacht. Damit wird das Lauterwerk, das bisher den Strom abgab für die Aluminiumerzeugung, vollständig frei für die Versorgung Mittelschlesiens mit elektrischer Kraft. Allerdings steht der endgültige Abschluß dieser sehr wichtigen Umwandlung erst für die Mitte des Jahres 1923 in Aussicht. Das Reich, das an den Unternehmungen zur Erzeugung von Aluminium finanziell beteiligt ist, wird dann bei den geringeren Herstellungslosten für Aluminium erfolgreicher die Auslandskonkurrenz aufnehmen können. Die Kohlenversorgung verschärft die Wirtschaftslage. Gegenwärtig werden noch wöchentlich ungefähr 6000 Tonnen Steinkohle eingeführt, die die Industrie zu einem achtfach höheren Preis aufnehmen muß, als wir die Kohlen an die Entente abliefern. Die Bestände der Gasanstalten sind von 440 000 Tonnen auf 401 000 zurückgegangen, die Berliner Gasanstalten haben nur noch die Hälfte der Bestände vom Juli; sie verfügen im Durchschnitt über einen Bedarf von 8 bis 9 Tagen; in Berlin sieht es mit der Bedarfsdeckung noch schlechter aus. Dazu kommen Transportschwierigkeiten; die Binnenschifffahrt ist nicht leistungsfähig, da der niedere Wasserstand die Ausnutzung des Rauminhalts nicht gestattet; die Eisenbahnen sind gegenwärtig überlastet, so daß die Waggengestellung für Kohlentransporte nicht den Ansprüchen genügt.

An der Börse gab es in diesen Tagen einige Überraschung: die Mark, die seit einigen Monaten in unabwärtiger Abwärtsbe-

wegung sich befand, machte ganz unvermittelt einen Sprung aufwärts. So ging der Dollar, der bis auf 88,75 gestiegen war, bis auf 73 und 70 herunter. Ob es sich nur um eine kurze Pause handelt, oder um eine Erholung, die mehr den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, ist nicht vorauszusagen. Sicherlich hat an der hiesigen Börse die wilde Spekulation in ausländischer Währung, gestützt auf eine fortlaufende Entwertung der deutschen Mark, viel dazu beigetragen, daß die Ueberspannung zum Zusammenbruch führte. Wenn die Reichsbank und die Devisenbeschaffungsstelle den Devisenmarkt mehr in der Hand hätte, so wäre wahrscheinlich diese Entwertung der Mark nicht eingetreten, zu der dann die ganz unregelmäßige, planlose Einfuhrpolitik ein übriges tat. Es ist anzunehmen, daß die aus dem Spa-Abkommen uns zur Verfügung stehenden Guthaben von monatlich ungefähr 38 Millionen Gulden, aus dem ein Teil unserer Lebensmitteleinfuhr bestritten werden kann, dazu beigetragen hat, daß eine merkliche Entlastung auf dem Devisenmarkt eintrat. Außerdem wird berichtet, daß an der Amsterdamer Börse auf amerikanische Order umfangreiche Marktkäufe betätigt wurden, gestützt auf die Vermutung, daß Amerika in absehbarer Zeit die beschlagnahmten deutschen Vermögen freigeben werde. Natürlich wäre eine solche Freigabe wohl geeignet, den Kurs der Mark zu bessern, und es würde der Spekulation, die jetzt Markkaufkäufe vornimmt, ein erheblicher Gewinn zufließen.

Die Rückwirkung einer so plötzlichen starken Kursänderung für unser Wirtschaftsleben läßt die Besorgnis nicht unberührt, daß für den Abschluß von Auslandsgeschäften eine sehr unsichere Basis entsteht, die zur Zurückhaltung von Aufträgen führen muß. Der Einkauf von Rohstoffen wird erschwert, weil niemand weiß, ob er nicht zu teuer einkauft, wenn die Mark sich weiter bessert. Aber wir haben den großen Nutzen, daß wir billiger im Auslande einkaufen, und damit wird auch auf die Warenpreise, die dem Weltmarkt gleich stehen, ein Druck ausgeübt. Eine allmähliche Besserung des Marktkurses wäre uns dienlicher, als das sprunghafte Auf- und Abwärtsgehen der Mark, das unser geschwächtes Wirtschaftsleben bis ins Innerste erschüttert. Leider haben wir auf diese Entwicklungstendenzen wenig Einfluß, es bleibt der viel gerühmte freie Markt, der alle kapitalistischen Neigungen und Leidenschaften aufstachelt und austoben läßt. Je höher der Gewinn, je fruchtbarer das Treiben.

Aus unserem Verne.

Verbandsgenossen, vergesst nicht, über alle wichtigen Vorkommnisse im Verne, in den Betrieben usw. auch Eurem Verbandsblatte, „Die Ameise“, zu berichten. Jeder Uneingeweihte, der unser Blatt verfolgt, muß annehmen, es herrsche in allen Betrieben tiefster Friede, nirgends besteht Anlaß, etwas zu monieren und öffentlich zu kritisieren. In Wirklichkeit ist dem nicht so. Aus der politischen Tagespresse, soweit wir Gelegenheit haben, in diese Einsicht nehmen zu können, erfahren wir, daß in einer Reihe von Orten und Betrieben ernste Bewegungen, Streiks inszeniert wurden, von denen uns direkte Mitteilung von unseren Kollegen bzw. den Verwaltungen nicht zugegangen ist. Wir fragen, warum man dem eigenen Verbandsblatt gegenüber diese Heimlichkeit beobachtet. Haben die Kollegen Grund, die Öffentlichkeit in Unkenntnis über ihre Bewegungen zu lassen, oder ist es pure Bequemlichkeit, die eine Berichterstattung an uns verhindert?

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch den Wunsch an unsere Betriebsräte bzw. Betriebsratsvorsitzenden äußern, über ihre Erfahrungen bei Durchführung des Betriebsrätegesetzes an uns zu berichten. Es ist notwendig, daß prinzipiell wichtige Entscheidungen durch die einzelnen Betriebsräte allgemein bekannt werden. Von wichtigen Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse sollte man uns auch Kenntnis geben. Öffentlich veranlassen die wenigen Worte unsere Kollegen, einen etwas regeren Verkehr mit ihrem eigenen Verbandsblatte zu pflegen.

Zum Streik der Schildermaler Groß-Berlins. Noch immer befinden sich die Schildermaler im Streik. Nachdem in den neunten Streikwoche die Möglichkeit einer Einigung vorhanden schien, verzögerte sich diese doch wieder durch den angherzigen und von wenig sozialem Verständnis zeugenden Standpunkt der Unternehmer. Das ganze Gebaren der Herren erweckt den Eindruck, als wenn sie die Weihnachtsgatifikation, die sonst dem Arbeitnehmer zufiel, auf Kosten der Streikenden in die eigene Tasche stecken wollten.

In einem Schreiben teilte der Verein Berliner Schilderfabrikanten am 26. November 1920 mit, daß er gewillt sei, ab 1. Januar 1921 6,50 Mk. Stundenlohn zu zahlen; bis zum 31. Dezember 1920 gedachten die Herren eine von der Verhandlungskommission der Schildermaler geschlagene Brücke auszumachen, indem sie bis dahin vom Tage der Aufnahme der Arbeit 6,25 Mk. boten

(die Kommission der Schildermaler hatte eine 14tägige Arbeitszeit für 6,25 M. Stundenlohn vorgeschlagen). Eine Nachzahlung von Beendigung des Tarifes ab bis zum Ausbruch des Streiks (zuerkannt durch Schiedsspruch) lehnte der V. B. S. aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ab. Dieses Angebot, das dem Diktum der Unternehmer vom 15. Juli 1920, dem Beginn der Differenzen, ähnlich steht, lehnten die Schildermaler ab. Dadurch wurde erreicht, daß beide Tarifkommissionen in Verhandlung traten. Jetzt einigten sich beide Kommissionen, ihren Mitgliedern folgende Einigung zu empfehlen: die Nachzahlung vom 1. August 1920 bis 30. September 1920 erfolgt nach dem Lohnsatz von 6,12½ M. die Stunde, bis 14 Tage nach Aufnahme der Arbeit werden 6,25 M., dann 6,50 M. Stundenlohn gezahlt. Diese Einigung nahmen die Schildermaler an. Der V. B. S. jedoch erklärte, daß er sich auf seinen Standpunkt vom 26. November 1920 stelle, jedoch solle die Nachzahlung nach dem Lohnsatz von 6 M. die Stunde erfolgen. Diese Herabwürdigung ihrer gerechten Ansprüche beantworteten die Schildermaler mit einstimmiger Ablehnung. Sie gaben den Unternehmern zu verstehen, daß, falls ihr letztes Angebot nicht revidiert würde, die Streikenden die restlose Anerkennung des Schiedsspruches, der den Schildermalern schon im August 1920 einen Stundenlohn von 6,50 M. zuerkannte, erkämpfen würden.

Diesen Lohn erkämpfen sich Maler, die eine vierjährige Lehrzeit hinter sich haben und zum großen Teil die Kunstgewerbeschule oder ähnliche Institute zu ihrer weiteren Ausbildung besuchen.

Besitzt der Verein Berliner Schilderfabrikanten auch jetzt noch die Dreistigkeit, in öffentlichen Rundgebungen in Tages- wie in Fachzeitungen („Volksanzeiger“, „Märkische Volkszeitung“, „Malerzeitung“ u. a.) die Tatsache auf den Kopf zu stellen?

Elberfeld. Nach 4 Wochen Streik der Email-Schriftenmaler der Firmen „Schulze & Wehrmann“ und „Peters“ in Elberfeld wurden die Herren Chefs durch die Geschäftslage gezwungen, den Malern entgegenzukommen, und wurde der Streik durch Verhandlungen beigelegt. Es wurden zwei Drittel der Forderung bewilligt, und erhalten alle Schriftenmaler und Schablonenschneider 306 M. Wochenlohn, einschließlich Bezahlung der Feiertage und mit Rückwirkung ab 1. Oktober. Auch diese Bewegung hat wieder gezeigt, daß nur durch festes Zusammenhalten der Kollegen es möglich ist, dem immer stärker werdenden Unternehmertum noch etwas abzurufen. Bei den Verhandlungen mußten wir es auch als große Mängel empfinden, daß unsere Kollegen der Emailschreiberbranche es bis heute noch nicht fertiggebracht haben, ihre Löhne den unseren anzupassen. Wir glauben, daß die Verhältnisse nirgends so rosig sind, daß die Kollegen mit den niedrigen Löhnen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die Kollegen allerorts etwas aufzurütteln. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, unserem Gauleiter, Genossen Zahn-Bonn, für seine uns in jeder Beziehung geleisteten Dienste unseren wärmsten Dank auszusprechen. Gerade dem Genossen Zahn gebührt unser Dank. Er hat nicht zuletzt dazu beigetragen, indem er die Kollegen der umliegenden Zahlstellen ersucht hat, uns in diesem gerechten Kampf zu unterstützen, und es dadurch möglich machte, den Unternehmern erfolgreich zu widerstehen, um uns den Sieg zu sichern. Auch allen Zahlstellen, die uns unterstützten, nochmals wärmsten Dank.

Bei event. Arbeitsangeboten bitten wir die Kollegen, vorher Erkundigungen bei hiesiger Zahlstelle einzuholen.

Ludwigsburg (Württemberg). In Ludwigsburg bestand vor mehr als 100 Jahren eine der ältesten und renommiertesten Porzellanfabriken Deutschlands. Echtes Alt-Ludwigsburger Porzellan wird heute in den verhältnismäßig wenigen Stücken, die noch vorhanden sind, nur noch im Antiquariats- und Kunsthandel zu hohen Liebhaberpreisen gekauft. Es hat sich nunmehr ein Konsortium hierselbst gebildet, um den guten Ruf Ludwigsburgs in der keramischen Welt wieder aufleben zu lassen und in alte Münze umzusetzen. Die neuerrichtete Porzellanfabrik wird voraussichtlich Anfang Januar in Betrieb gesetzt werden. Der Kalereibetrieb besteht schon längere Zeit. Die hier beschäftigten Maler und Arbeiter haben aber keinen Anlaß, die bestehenden Verhältnisse rühmen zu können. Im Gegenteil muß ernstlich gearntet werden vor Zuzug nach hier, weil alle Kollegen, die bisher gearbeitet haben, nach ganz kurzer Zeit wieder abdampfen mußten, weil mit den hier gezahlten Löhnen ein Mensch, der ehrlich bleiben will, nicht auskommen kann. Oder meint jemand, daß ein Wochenverdienst von 100 bis 120 M. für einen Maler ein auskömmlicher Verdienst sei? In kurzer Zeit sind 18 Kollegen, die auf die Inserate der Firma hineingefallen waren, hier gewesen, aber als wieder von dannen gezogen, weil sie nicht imstande waren, bei den hiesigen Zuständen den notwendigen Lebensunterhalt erwerben zu können. Hier können eben die besten

und leistungsfähigsten Kräfte nicht existieren. Allen Kollegen, die sich vor Schaden bewahren wollen, können wir nur empfehlen, in großem Bogen um Ludwigsburg herumzugehen.

Mitterteich. Bei der Firma Nieber & Co. hierselbst ist es zu Differenzen bei den Brennern gekommen. Ein verantwortlicher Brenner ist entlassen worden, weil ihm in letzter Zeit das Malheur passierte, daß in den von ihm abgebrannten Oefen ein Teil des Geschirrs gelb war. Der Schlichtungsausschuß, an den sich der Entlassene wandte, erklärte die Entlassung als zu Recht erfolgt. Die übrigen Brenner weigern sich aber, jetzt zu brennen, weil sie befürchten, daß ihnen daselbe passiere. Außerdem halten die Brenner die Entlassung ihres Kollegen als zu Unrecht erfolgt und verlangen die Wiedereinstellung.

Modau. Hierselbst ist es zu einem Ausstand der Brenner gekommen, der den gesamten übrigen Betrieb in Mitleidenschaft gezogen hat.

Schramberg. Die „Schramberger Majolikafabrik“, früher Steingutfabrik, kann auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Es sind heute wieder ca. 250 Arbeiter beschäftigt, darunter 20, die schon länger als 25 Jahre in diesem Betriebe arbeiten. Diesen Jubilaren wurde aus diesem Anlaß eine besondere Geldspende seitens der Firma zugebracht. Ferner stiftete die Firma aus Anlaß der Hundertjahrfeier einen Fonds von 50 000 M. zugunsten der im Betriebe beschäftigten Arbeiter. Am 20. November 1920 vereinigte die Firma ihre Angestellten und Arbeiter nebst einem Kreis geladener Gäste zu einem Festmahl, um die Hundertjahrfeier festlich zu begehen.

Vollstedt. Die technischen Angestellten bei der Firma Aelteste Vollstedter Porzellanfabrik haben ihre Gehaltsbewegung beendet, und zwar mit einem annehmbaren Erfolge. Es ist dabei zu einem Streit, wenn auch nicht von langer Dauer, gekommen. Die erreichten Gehaltserhöhungen betragen bis zu 25 Proz., teilweise bis zu 30 Proz. Es hat sich als vorteilhaft für die Bewegung erwiesen, daß die technischen Angestellten geschlossen einheitlich — und zwar in unserem Verbands — organisiert sind.

Dem „Keramarbeiter“, dem Verbandsorgan des Verbandes der Porzellan- usw. Arbeiter in der tschechoslowakischen Republik, entnehmen wir, daß die Differenzen in Schönfeld, Firma Schindler, auf dem Verhandlungswege geregelt und die Sperre aufgehoben wurde.

Die Lohnbewegung der Drucker und Lithographen in den westböhmisches Porzellanfabriken ist mit Erfolg erledigt.

Aus anderen Verbänden.

August Bringmann †. Am 29. November starb in Hamburg der Genosse August Bringmann, seit 1893 Redakteur des „Zimmerer“. Seit 1884 in der Bewegung stehend, erwarb er sich ein besonderes Verdienst damit, da er 1890 die Verschmelzung der beiden bis dahin bestehenden Zimmererorganisationen herbeiführte. Sein Name ist besonders bekannt geworden als Verfasser des zweibändigen Werkes über die „Geschichte der Zimmererbewegung“. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

Der Verband der Angestellten gegen die Moskauer Thesen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und des Beirats vom Zentralverband der Angestellten wurde u. a. auch Stellung zu den Thesen des Moskauer Kommunistenkongresses in der Gewerkschaftsfrage genommen. Im Bericht über diese Sitzung wird hierzu gesagt:

„Nach einem ausführlichen Referat des Verbandsvorsitzenden Urban nahm die Tagung zu den Thesen des zweiten Kongresses der Dritten kommunistischen Internationale in Moskau Stellung. Beirat und Vorstand billigten einstimmig den ablehnenden Beschluß der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und erklärten, daß Mitglieder, die die Thesen der Dritten Internationale zur Gewerkschaftsfrage billigten, nicht Beamte der Organisation sein könnten.“

Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) wurde als unerlässliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten anerkannt.

Gegen Mitglieder, die dem Beschluß zuwiderhandeln, soll mit allen sühnungsgemäßen Mitteln vorgegangen werden, weil eine Tätigkeit nach den Grundsätzen der Dritten Internationale mit der Mitgliedschaft im Zentralverband unvereinbar ist.

In diesem Zusammenhange wurde die Tätigkeit des Redakteurs Paul Lange, der die Veräppelung der Grundsätze der Dritten Internationale vermissen ließ, gemißbilligt. Lange erklärte darauf, daß er die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) billige und sich verpflichte, entschieden gegen die Thesen der Moskauer Internationale in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen und daraus alle Konsequenzen zu ziehen.“

Vermischtes.

Die **Vollsfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-V.G.**, hat ihr Hauptbureau verlegt und ist die neue Adresse: **Hamburg 5, Capellenstr. 5.**

Erhebung der Einkommensteuer.

Der Reichsfinanzminister hat vor längerer Zeit eine Anweisung an die Landesfinanzämter erlassen, in jeder Weise Sorge zu tragen, daß die vorläufige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer bei den Personen, die nicht dem Lohnabzug unterliegen, in erster Linie und mit größter Beschleunigung durchgeführt wird. Diese Arbeiten sind denn auch inzwischen fast durchweg zum Abschluß gelangt oder werden doch in Kürze zum Abschluß gebracht. Auch hat bereits in den meisten Gemeinden des Reiches die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer eingesetzt. Der Kaufmann, der Rentner, der Landwirt und alle, die keinen Lohn erhalten, haben also auf ihre Einkommensteuer für 1920 Abschlagszahlungen an die zuständige Steuerklasse zu entrichten. Es handelt sich aber wohl-gemerkt in allen diesen Fällen wie auch beim Steuerabzug vom Arbeitslohn nur um Abschlagszahlungen. Die endgültige Steuer für 1920 kann erst festgestellt werden, nachdem das laufende Jahr zu Ende ist und die Steuerbehörde übersehen kann, was der Steuerpflichtige verdient hat. Es liegt auf der Hand, daß die Prüfung des Einkommens eines Kaufmannes, Landwirtes usw. viel schwieriger ist und viel mehr Zeit und Mühe erfordert, als die Prüfung des Einkommens eines Beamten, Arbeiters oder sonstigen Festbesoldeten.

Durch die im ganzen Reiche für jeden Steuerbezirk von Organen der Selbstverwaltung neu gewählten Ausschüsse, die alle Berufs-kreise umfassen und die bei der Veranlagung mitwirken, ist die Gewähr gegeben, daß auch das Einkommen der freien Berufe nötigenfalls durch Schätzung erfaßt wird.

Schon jetzt wird man sagen können, daß auf die vorläufige Einkommensteuerfestsetzung von den Personen, die nicht dem Lohnabzug unterliegen, noch sehr erhebliche Nachzahlungen im Anfang des neuen Jahres zu leisten sein werden. Es empfiehlt sich daher für diese dringend, rechtzeitig entsprechende Steuerreserven zuzulegen, um bei der endgültigen Zahlung nicht in Schwierigkeiten zu kommen.

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! Bei den Wahlen der Beisitzer zu den Gewerbe-gerichten hat sich mehrfach gezeigt, daß die Ortsausschüsse der Afa und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit getrennten Listen in die Wahlarbeit eingetreten sind. Dies hat naturgemäß zu einer Stimmenzersplitterung geführt, die den Gegnern zugute kommen mußte.

Die Afa und der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich deshalb dahingehend verständigt, daß gemeinsame Listen aufzustellen sind. Die Ortsausschüsse werden ersucht, mit denen der Afa die erforderliche Fühlung zu suchen.

Gegen die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika richtet der New-Yorker Korrespondent des römischen Blattes „Messaggero“ einen telegraphischen Marmruf. Es wird ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten eine schwere wirtschaftliche Krise durchmachen. Täglich würden Fabriken geschlossen, und in anderen Unternehmungen wird die Zahl der Arbeiter vermindert. Die Eisenbahnen entließen Zehntausende von Arbeitern. So hätten allein die nach Chicago mündenden Bahnen in einer Woche dreißigtausend Arbeiter entlassen. Die in den amerikanischen Häfen zahlreich eintreffenden italienischen Arbeiter vermehrten das Heer der Arbeitslosen und verschärften die schon bedrohliche Krise.

In einem dem Telegramm angefügten Artikel teilt die Redaktion des „Messaggero“ mit, daß vom 1. Januar d. J. bis Ende September nicht weniger als 600 000 Pässe an Auswanderer ausgestellt wurden; von den Auswanderungslustigen haben bisher 300 000 das Land verlassen, die übrigen konnten noch nicht abreisen, weil es an Schiffsplätzen fehlte.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und die Gewerkschaften. Am 5. November fand beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Besprechung des Bundesvorstandes mit den Genossen Jouhaux und Merheim aus Frankreich statt, an welcher Genosse Leo Timmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und außerdem noch Vertreter der deutschen Verbände der Zimmerer, Köpfer, Fabrikarbeiter, Publika-... Maler, Landarbeiter, Holzarbeiter, Dachbeder, Asphaltarbeiter, Bauarbeiter und Metallarbeiter teilnahmen. Ferner war noch ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten anwesend.

Die Besprechung erstreckte sich hauptsächlich auf die Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und es kam darüber zu einem völligen Einverständnis mit den französischen Genossen. Besonders beleuchtet wurde in dieser Be-

sprechung das Verhalten der französischen Regierung, das die deutschen Bestrebungen der Verpflichtung zum Wiederaufbau der zerstörten 10 Departements in Frankreich die größten Hindernisse bereitet. Sämtliche Teilnehmer waren darin einig, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete der kapitalistische Unternehmergewinn soweit wie nur irgend möglich auszuschalten sei und daß er nur zugunsten der Allgemeinheit geschehen solle. Die deutschen Vertreter gaben erneut den Wunsch und die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter und Angestellten kund, am Wiederaufbau teilzunehmen. Sie drückten jedoch den Wunsch aus, daß ihnen möglichst geschlossene Gebiete zum alleinigen Wiederaufbau gestellt würden, damit die deutschen Arbeiter die Möglichkeit hätten ihre Angelegenheiten besser zu vertreten und ihre Rechte aus der deutschen Sozialversicherung besser wahrzunehmen, als wenn sie verstreut unter der französischen Bevölkerung leben müßten. Die Vertreter der französischen Gewerkschaften erkannten die Notwendigkeit dieses Verlangens nach solchen Bürgschaften an und erklärten, daß die Arbeiter Frankreichs bereit seien, die Hilfe anzunehmen. Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens seien notwendig, um die Wunden zu heilen, die der Krieg in Europa geschlagen hat. Beides könne aber nicht auf andere Weise verwirklicht werden, als durch das Zusammenwirken des Proletariats beider Länder. Die französischen und die deutschen Landesgewerkschaften und besonders diejenigen Gewerkschaften, die unmittelbar für den Wiederaufbau in Betracht kommen, werden eine dauernde Verbindung anstreben, um die Einzelheiten der gemeinsamen Tätigkeit auf diesem Gebiete zu erwägen. Die Gewerkschaften beider Länder sind überzeugt, daß diese gemeinsame Arbeit die Grundbedingung ist für den Kampf gegen jede Reaktion und gegen jeden Imperialismus, sowie ferner für die Beseitigung des Hasses zwischen den Völkern.

Wählbarkeit der Frauen zu Beisitzern bei Kaufmanns- und Gewerbe-gerichten. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Presseäußerungen, die in letzter Zeit aus Anlaß der Beratung des Entwurfs einer Notverordnung zur Abänderung des Gewerbe-gerichtsgesetzes und des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte erfolgt sind, könnten den Anschein erwecken, als ob die Reichsregierung die Absicht habe, die Frauen von der Wählbarkeit zu Beisitzern bei Kaufmanns- und Gewerbe-gerichten allgemein auszuschließen. Das ist, wie dies bei der Beratung vom Regierungsvertreter mehrfach betont wurde, nicht der Fall. Vielmehr soll diese grundsätzliche Frage in dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der sich in Bearbeitung befindet und voraussichtlich bald den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird, ihre Erledigung finden. In der Notverordnung, die durch den Übergang von der Kriegs- und Friedenswirtschaft veranlaßt wurde, konnte die Frage der Wählbarkeit von Frauen aus rechtlichen Gründen nicht geregelt werden.

Kriegsgräber.

Der **Vollsbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V.**, Charlottenburg 5, Königsweg 30, hat in den letzten Monaten seiner Tätigkeit an mehreren französischen, belgischen und polnischen Orten deutsche Kriegsgräber bepflanzen und an Gedenktagen mit immergrünen Kränzen schmücken lassen. Er konnte vielen Angehörigen Auskünfte über den augenblicklichen Zustand der Gräber geben und ihnen behilflich sein, Grabstätten, auf denen die Grabzeichen fehlten oder die Inschriften verwittert waren, neu zu bezeichnen. Auch mit Italien, Serbien, Rumänien, Siebenbürgen, Litauen steht der Vollsbund in Verbindung und ist bereits in vielen Fällen in der Lage, auf Grund örtlicher Feststellungen sichere Auskünfte zu geben. Jeder, der mit dem Herzen der für das Vaterland Gefallenen gedenkt, jeder, der in Ungewißheit ist über den augenblicklichen Zustand eines Grabes oder seine Pflege und Schmückung sicherstellen möchte, sollte sich dem Bunde anschließen. Der Vollsbund ist über das ganze Reich verbreitet und die einzige für die Kriegsgräberfürsorge behördlich anerkannte private Organisation.

Versammlungsberichte.

Coburg. Die am 19. November in Coburg stattgefundene Versammlung war erfreulicherweise von über 200 Mitgliedern besucht. Zunächst nahm man zu der in Nr. 46 der „Arbeiter-Zeitung“ gegebenen Bemerkung: daß Herr Schulz von seinen Arbeitern angegangen worden sei, billiger arbeiten zu lassen usw. Stellung. Nach persönlicher Rücksprache, bei welcher der Kollege Brand (Coburg) zugegen war, erklärte Herr Schulz, daß es von seinen zurzeit bei ihm beschäftigten Arbeitern niemand gewesen sei, der ihm ein derartiges Ansinnen gestellt hätte. Es könne sich nur um arbeitslose Arbeiter handeln, da käme es ja des öfteren vor, daß die Leute, um nur Arbeit zu bekommen, obige Äußerungen bräuchten.

Leipzig. Die am 27. November im Volkshaus tagende Zahlstellersversammlung nahm, nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten, Kenntnis von zwei Schreiben des Hauptvorstandes betr.

des Streites in Staffel, sowie von der Wahl des Kollegen Griesbach zum Leiter von Sachsen und Schlesien. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Kartellierung vom 18. November. Hervorzuheben aus demselben ist der Bericht über den Landeskartellkongress in Dresden. Beschlossen wurde auf demselben, daß bei einem Generalstreik die Arbeiterpresse und alle anderen Arbeiterinstitutionen ihre Tätigkeit fortzusetzen haben. Die vom Gewerkschaftsbund propagierte Kinderhilfe wurde abgelehnt.

Auch unsere Versammlung befaßte sich des längeren mit dem Aufruf: „Deutsche Kinderhilfe“. Diesbezüglich fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Recht verblüffend wirkt der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der nach Manier bürgerlicher Wohlfahrtsvereine den Ringelbeutel schwingt, von den Gewerkschaftsmitgliedern milde Gaben heischend, zur Linderung der Not deutscher Kinder. Derselben Kinder, die fast ausschließlich Gewerkschaftsmitgliedern angehören, die aber infolge der kapitalistischen Mißwirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeiten oder ungenügende Entlohnung dazu verurteilt sind, ihre Familien darben und verelenden zu lassen. Man sagt, der Staat usw. ist nicht in der Lage, zu helfen, nimmt aber von den Gewerkschaftsmitgliedern an, daß ihre Scherlein Hunderttausenden von Kindern helfe. Ist dies die ganze Weisheitspolitik des Gewerkschaftsbundes? Wir erhoffen und erwarten von der Zentrale deutscher Arbeiterkampforganisationen andere Methoden, die die Not unserer Kinder beseitigt.“

Ferner wurde beschlossen, den streikenden Berliner Schildermälern 40 M. aus dem Vorkassensatz zu überweisen.

Selb. In dem in Nr. 48 der „Anzeige“ veröffentlichten Versammlungsbericht ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Es heißt in Zeile 5 der dort abgedruckten Resolution: „So ist besonders der frühere § 12 eine unbedingte Verschlechterung.“

Es soll aber heißen: So ist besonders der frühere § 43 in seiner jetzigen Fassung als § 12 eine unbedingte Verschlechterung.“

Weisel. Die am 25. November abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Zum Kartellbericht wurde der Erfolg des Demonstrationszuges der freien Gewerkschaften zu den umliegenden Landwirten zwecks Ablieferung von Kartoffeln zur Kenntnis genommen. Es wurde scharf beurteilt, daß die christlichen Gewerkschaften ebenfalls Kartoffeln erhalten hätten, sich aber von dem Demonstrationzuge fernhielten und dies den freien Gewerkschaften überlassen hätten. Dann wurde zum 3. Punkt der Tagesordnung Stellung genommen. Es wurde das jetzige Lohnsystem, wo zur Herstellung eines Klotzts drei Preise bezahlt werden, scharf beurteilt, die Firma aber die Klotzts zu ein und demselben Preise verkaufen würde. Die Gießer arbeiten seit Inkrafttreten des neuen Lohn-tarifes nur 5 Tage in der Woche wegen Überproduktion. Die Firma hat es verstanden, den ganzen Sommer über mit Hochdruck zu produzieren, indem sie immer neue Gießer einstellte; auch hat es teilweise an den Kollegen selbst gelegen, so daß augenblicklich ein enormer Ueberschuß an ungebrannter Ware vorhanden ist. Auch ist die Firma dazu übergegangen, seit der neue Lohn-tarif in Kraft getreten ist, vielfach solche Klotzts in Arbeit zu geben, die niedriger im Preise stehen; die Folge davon ist, daß die Kollegen, wenn sie nicht ganz verhungern wollen, mehr Klotzts herstellen müssen und die Zahl der ungebrannten Ware nicht abnimmt, trotzdem nur an 5 Tagen in der Woche gearbeitet wird. Viele Kollegen werden in der nächsten Zeit wohl den Porzellan-tausch von den Füßen schütteln. Dann wurde der Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu ersuchen, zu der Ende Dezember stattfindenden Lohn-tarifverhandlung einen Kollegen von hier hinzuzuziehen. Es wurde hierzu Kollege Fleuren gewählt. Dann wurde der Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu ersuchen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Gießer, Brenner und Glasierer als Facharbeiter anerkannt werden. Es wurde noch bemängelt, daß die Firma bei Annahme von Arbeitern den Arbeitsnachweis nicht in Anspruch nimmt, trotzdem es der Reichst тариф vorschreibt. Zum Schluß wurden noch einige Aufklärungen gegeben.

Zwickau. Unsere am 19. November stattgefundene Zahlstellenversammlung war im Vergleich zu den vorhergehenden sehr gut besucht. Ursache hierzu mochte wohl die Anwesenheit des Referenten, Genossen Uhlmann, Dresden, sein. Selbiger schilderte in gut verständlichen Worten den Verlauf der am 25. September und folgende Tage stattgefundenen Lohnverhandlungen in Dresden, denen er als Delegierter beiwohnte. Anfangs berichtete er über die Lage in der feinkeramischen Industrie. Hierauf folgte eine Aufklärung über die einzelnen Paragraphen, besonders der im neuen Vertrage eingefügten. In der Diskussion kam wieder die Ortsklasseneinteilung zur Sprache. Es wurde beantragt, da wir wieder nicht mit unserem Antrag zwecks Veretzung in Lohnklasse I berücksichtigt wurden, eine Lohnaufbesserung drücklich zu regeln, da bei uns ja auch in der Hauptsache von den Mindestlöhnen Gebrauch gemacht wird, ja mitunter diese gar nicht erreicht werden. Des weiteren gab eine Anregung betreffs Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe eine lebhafte Debatte. Bei der Abstimmung wurde diese Forderung mit der Begründung verworfen, an Stelle der einmaligen Beihilfe einen anständigen Lohn zu fordern, der uns für die Dauer sicher ist. Mit den heutigen Löhnen ist bei der teuren Lebenshaltung in Zwickau unmöglich auszukommen. Das weitere wird der Verwaltung und Anleitung übergeben. Darauf erstattete der Vorsitzende den Kartellbericht. In Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige Kleinigkeiten geregelt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Literarisches.

„Vorwärts-Almanach“ 1921. Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Verkaufspreis 4.— M.

Das ist der Haus- und Familienkalender nicht nur für den großen, aber doch begrenzten Parteikreis, sondern für das Volk schlechthin. Schon sein äußeres Kleid zeugt von gutem Geschmack: Eine künstlerisch, plastisch wirkende Umschlagzeichnung bildet den einmündigen Rahmen für August Bebel's Bildnis. Inhaltlich bringt der in Tiefdruck auf besserem Papier hergestellte Kalender in

bunter Folge eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung, die für jeden bildungsbestrebten Proletarier zu einem Buch von bleibendem Wert macht. Das Titelblatt füllt eine hübsche Zeichnung von der Hand Wilhelm Oesterles; Originalwignetten von Schaller schmücken das Kalendarium. Die mit vielen Bildern versehenen Beiträge entstammen der Feder unserer namhaftesten Autoren. So plaudert Philipp Scheidemann über „Parteiarbeit früher und jetzt“, Heinrich Cunow behandelt gemeinverständlich „Geldentwertung und Teuerung“, Dr. v. Frankenberg „Die Weltanschauung und Sozialismus“, Rossins „Siedlungsbau und Arbeiter“. Mit U. Conrad macht der Leser einen „Gang durch das Parteiarchiv“, Dr. Deumler schreibt über Kriegsverluste an deutschen Kunstwerten; Dr. Franz Diederich über Das Gulbransson's Humor und Satire im Bild, während Curt Heinig eine Abhandlung über das jetzt so aktuelle Thema „Hohenzollernschlösser und Republik“ gibt. Dem Gewerkschaftler dürfte der Beitrag von Nestriepke: „Die Gewerkschaften seit der Revolution“, besonders interessieren. Aber auch unseren Frauen und unserer Jugend wird der „Vorwärts-Almanach“ durch Beiträge wie: „Die Mode und die arbeitende Frau“ von Elisabeth Röhl, „Soziale Frauenhüte“ von Klara Bohm-Schuch, „Unsere singende und wandernde Jugend“ von E. R. Müller, ein lieber Freund sein, der auch durch ernste und heitere, aber immer gute Erzählungen von Becker, Thomas, Went, Osterroth, sowie durch Gedichte von Bröger, Bessen, Klara Bohm-Schuch, Schönknecht, Brezgang usw. beste Unterhaltung bietet. Mit den wohl gelungenen Bildern unserer Reichstagsabgeordneten findet er einen guten Abschluß. Alles in allem ist der „Vorwärts-Almanach“ ein Familienkalender im besten Sinne, der jedem ein Gefährte durch das künftige Jahr sein wird. Darum sei seine Anschaffung allen unseren Lesern wärmstens empfohlen.

Berlin-Charlottenburg.

Wegen Inventur Rückgabe aller Bibliothekbücher und Vorklagen erbeten.
J. A.: U. Schulze.

Berlin-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 19. Dezember, veranstalten die Schildermaler eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der Streikenden im „Dressdener Gesellschaftshaus“, Dresdenstr. 116.
Die Verwaltung.

Röppelsdorf und Umgegend.

Das Gewerkschaftskartell hat eine Betriebsräteschule eingerichtet. In derselben soll Aufklärung über Anwendung des Betriebsrätegesetzes gegeben werden. Bis auf weiteres finden die Unterrichtsstunden jeden zweiten Mittwoch im „Restaurant zum Wappenheimer“ statt. Anfangs abends 7½ Uhr. Die Betriebsräte werden ersucht, daran teilzunehmen.

Die Zahlstellenverwaltung. J. A.: R. Burkart.

Unserem Vorsitzenden, Kollegen Wilhelm Bliettermann, zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Zahlstelle Weisel.

Aufruf.

Unser Verbandskollege Hermann Fehn, Rapselbreher, befindet sich in großer Not. Infolge eines Unglücksfalles mußten ihm beide Füße amputiert werden. Seit fünf Monaten lebt er schon in den ärmlichsten Verhältnissen. Wir bitten alle Kollegen, die Not lindern zu helfen. Gelber sind zu senden an unseren Kassierer Johann Martin, Steinbach a. Wald, Haus Nr. 44, Oberfranken.

Quittung erfolgt in der „Anzeige“.
Für die Zahlstelle Steinbach a. W. Der Vorsitzende: Joh. Scherbel.

Sterbetafel.

Duisdorf. Josef Schwalb, Dreher, geboren am 6. Februar 1877, gestorben am 5. November an Schlaganfall. Mitglied seit 1919.

Rahla. Elisabeth Bulbins, Gießerin, geboren am 10. August 1877 in Bedersleuth (Böhmen), gestorben am 25. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Röppelsdorf. Albin Wiedlein, Maler, geboren am 25. Februar 1879, gestorben am 18. November an Lungentzündung. Mitglied seit 1919.

— Toni Weber, Gießerin, geboren am 3. Januar 1884, gestorben am 10. November. Mitglied seit Anfang 1920.

Steinbach. Ferdinand Müller, Gießer, geboren am 1. Oktober 1843, gestorben am 27. September an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1919.

Magdeburg. Ella Girsch, geboren am 24. Juni 1900, gestorben am 30. November an den Folgen einer Fehlgeburt. Mitglied seit 1918.

Blane. Richard Schorr, Maler, geboren am 23. Jan. 1860, gestorben am 16. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1917.

Schmiedeberg-Gröden-Ransdorf. Pauline Schneider, geboren am 21. November 1896, gestorben am 23. November an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Selb. Johann Bleier, geboren am 19. August 1860 zu Steinbach, gestorben am 23. November an Wassersucht. Mitglied seit 1918.

— Max Flügel, Brenner, geboren am 30. August 1900, gestorben am 24. November an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Waldsassen. Norbert Zischer, Dreher, geboren am 1. April 1893, gestorben am 18. November an Schleimhautentzündung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Althaldensleben. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Peters.
Annaburg. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Thielemann, großer Saal: Verwaltungswahl.
Arzberg. Samstag, den 11. Dezember, abends 1/8 Uhr, im Konsum-Saal: Hauptversammlung, Neuwahlen.
Berlin-Charlottenburg. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr: Zahlstellenversammlung in der Schulaula, Dresdenstr. 113.
 — Freitag, den 17. Dezember, abends 6 Uhr: Porzellanbranche bei Wählich, Staligerstr. 22.
Blankenhain. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Klein.
Bonn. Samstag, den 11. Dezember, 6 Uhr abends, in der „Phönixhalle“, Kölnstr. 17: Verwaltungswahl.
Breslau. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 1/6 Uhr, im „Feldschloß“, Weinstraße: Verwaltungswahlen.
Frankfurt a. Ober. Montag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal.
Gräfenhain. Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 3 Uhr, im „Gasthaus zum Steiger“.
Hohenberg a. Eger. Samstag, den 18. Dezember, im „Gasthof zum Egertal“.
Liegnitz. Donnerstag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, im „Goldenen Stern“, Ritterstraße.
Neuhaldensleben. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Herzog: Wahl der Verwaltung.
Nürnberg. Samstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, bei Degenfelder, Querstraße.
 — Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 4 Uhr, Thomaskneipe im Lokal.
Breslau. Montag, den 13. Dezember, nachm. 5 Uhr, im „Gasthof zum weißen Roß“.
Spandau. Montag, den 13. Dezember, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Pichelsdorferstr. 4.
Tettau. Montag, den 20. Dezember, im Saal.

In allen Zahlstellenversammlungen, die als Jahresabschluss- bzw. Generalversammlungen gelten, wird nicht nur ein Jahresbericht erstattet, sondern auch die gesamte Verwaltung für das kommende Jahr neu gewählt. Es ist aus diesen Gründen in allen Versammlungen ein zahlreicher, möglichst vollzähliger Versammlungsbesuch zu erwarten.

Adressen-Änderungen.

Ludwigsburg (Württemberg). Vorsitzender: Andreas Ebert, Abelstr. 12, part. Schriftführer: Andreas Banger, Solitudestr. 84. Kassierer: Fritz Schulze, Siegestr. 31, II. Revisoren: Fritz Oberer, Bleibelsheim; Wilhelm Schrage, Schönbeinstr. 12, part.
St. Georgen i. Schwarzwald. Kassierer: Fritz Schlegel, Sommerauerstraße.

Zuschnittsliste Deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht vom 3. Quartal 1920.

Einnahme.	
Beiträge und Eintrittsgelder	3 220,80 Mk.
Kapitalverkehr	945,88 „
Bestand vom 2. Quartal 1920	26 488,23 „
Summa	30 654,91 Mk.
Ausgabe.	
Krankengeld	1 418,— Mk.
Sterbegeld	45,— „
Kapitalverkehr	961,83 „
Verwaltung der Zahlstellen	155,67 „
Verwaltung der Hauptkasse	35,20 „
Ungeordnete Ausgaben	29,50 „
Kassenbestand	28 014,71 „
Summa	30 654,91 Mk.
Vermögensnachweis.	
Sparfassenbuch Nr. B 101	25 606,05 Mk.
Sparfassenbuch Nr. 832	1 584,60 „
Bare	84,06 „
Summa	28 014,71 Mk.

Mitgliederbestand: 510.

Hermann Schubert, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, die von Franziskus Hubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Wir suchen für unser Emailierwerk tüchtige Auftrager und Brenner, die möglichst schon aus der Schule gearbeitet haben.
 Demmerwerk Eisenach.

Wir suchen zu sofortigen Eintritt zwei gewandte, zuverlässige Packer.

Wilhelm Repp & Co., Stahl- u. Porzellan-Glas-, Porzellan-, Steingut-Großhandlung.

Geprüfte, tüchtige, sofort einsetzbare.

Eurt Rauhahn, Keramik-Verhältnisse, Berlin.

Einige Teller- und Schalenbrecher zum sofortigen Eintritt sucht
 Blankenhainer Porzellanfabrik, C. & G. Carstens,
 Blankenhain i. Thür.

Energischer tüchtiger Oberbrenner sucht leitende Stellung für Brennhaus, Glühboden, Glasurerei. Event. auch als selbständiger erster Brenner.
 Angebote unter A. F. an die „Ameise“ erbeten.

Wir suchen tüchtigen Modelleur für Figuren, auch als Nebenbeschäftigung.

Derbenich & Sari, Kassel, Karlstr. 4.
 Werkstätten plastischer Bildwerke.

Porzellanmaler, 26 Jahre alt, unverh., tüchtig in allen vor kommenden Arbeiten, sucht sofort oder später Stellung. Suchender ist an gewissenhaftes, sauberes Arbeiten gewöhnt und besitzt mehr jährige Erfahrungen im Brennen von Zug- und Stehmuffelöfen.
 Angebote unter W. 94 an die „Ameise“ erbeten.

= Pader =

m. läng. Praxis, mögl. a. d. Geschirrbrenner, verb. sof. eingestellt.
 Porzellanfabrik Fraureuth, Aktien-Gesellschaft,
 Fraureuth b. Weiden i. Sa.

Für unsere elektrotechnischen Porzellanfabriken in Margarethenhütte und Koblenz in Anhalt suchen wir mehrere geschickte

Freidreher.

Meldungen erbeten an Aktiengesellschaft S. Schomburg & Söhne, Margarethenhütte, Post Großdubrau i. Sa.

Tüchtiger Former und Gießer für Gebrauchsgeschirr und Kunstgegenstände, 36 Jahre alt, verh., mit allen einschlägigen Arbeiten durchaus vertraut, sucht leitende Stellung für Gießerei usw. in größerer Porzellanfabrik. Angebote unter A. K. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Winkel — Flaschen — Waldrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
 Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Sönsberg S.-A.

Einkaufsgesellschaft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
 Besteht Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Bergbauerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Gütterschuhe — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickau. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Samtl. Lederwaren in nur guten Qualit. billigt. Berl. Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.
 R. Alche, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weiskauer (D.-L.).

Die neueste Verschlechterung des Marktfusses bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offerierte hierdurch Bymocca-Levantine Schwämme zu 4 bis 10, 15, 20 bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Drucker, Hardheadschwämme, runde Form, Klein, 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere Hardheadschwämme, flache Form, gepreßt, das Pilo, 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabriken große, billige, weiche Bymocca 10 bis 15 Mk. pro Stück; große Hardheadschwämme, gepreßt, das Pilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. Prima echte „Elephantenohren“, 700 Mk. pro Pilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich.
 S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42.

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Drucker, u. Pinselstiele liefert
 Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Sattler, Zwickau i. S., Osterwäldstr. 32

Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Gegründet v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Druck von Otto Grotte, Charlottenburg, Wallstr. 22.